

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 3

Artikel: Indien am Jahresbeginn 1972
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

identisch ist, von weiteren Schritten der Premierministerin zugunsten des indischen Volkes bedroht fühlen.

Dies sind nur einige Aspekte des überaus wertvollen Vortrages von Herrn de Boer. Im Anschluß daran möchten wir auf die

Sonderausgabe des Evangelischen Pressedienstes zur 3. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, Unctad III. hinweisen, und den Aufsatz

«Indien und China: zwei Entwicklungsmodelle?» an anderer Stelle dieser Nummer der «Neuen Wege».

Indien am Jahresbeginn 1972

Der nachstehende Bericht ist einem Brief entnommen, den ein Europäer, welcher in Indien wohnt und durch jahrelangen Aufenthalt dort in das Verständnis der Verhältnisse Indiens hineingewachsen ist, am 29. Dez. 1971 schrieb. Nur so kann man verstehen, daß er sich Hinweise und Schlüsse erlaubt, die bei uns nicht ohne weiteres angenommen werden. Es lohnt sich aber, diese Bemerkungen ernst zu nehmen und daraufhin die kommenden Ereignisse zu prüfen. W. K.

«Daß überall Blut fließt, wo Militär eingesetzt wird, ist nichts neuens (außer es tut mal hin und wieder etwas nützliches bei Katastropheneinsätzen). Das Vorgehen der Militär-Junta in Ost-Pakistan wurde von Augenzeugen jedoch als systematisches Abschachten einer Bevölkerungsgruppe bezeichnet und mit der Ausrottungspolitik Hitlers verglichen. Ein endloser Flüchtlingsstrom begann auf die indische Grenze zu. Indien öffnete weit seine Grenzen. Nicht nur aus rein humanitären Gründen. Es lag schon immer im Interesse Indiens und Pakistans, jede Gelegenheit zu nützen, sich gegenseitig zu schwächen. So wurden trotz der großen wirtschaftlichen Last, die auf Indien zukam, die Flüchtlinge willkommen geheißen. Man nahm dabei sogar das Risiko auf sich, daß sich politische Agenten und Spione mit einschmuggelten, die versuchten, in Flüchtlingslagern Unruhe zu stiften. Dies war einer der Gründe, warum ausländische Freiwillige verschiedener Hilfsorganisationen sich nicht in den Flüchtlingsgebieten aufhalten durften.

Für Indien war die Gelegenheit gekommen, die bereits im Wanken begriffene Einheit Pakistans vollends zu Fall zu bringen. Indira Gandhi appellierte an das Weltgewissen, den nahezu 10 Millionen Flüchtlingen zu helfen und Yahya Khan zur Raison zu bringen und Verhältnisse zu schaffen, die es ermöglichen, daß die Flüchtlinge in Freiheit in ihre Heimat zurückkehren können. Es war ihr sicher klar, daß weder die Großmächte noch die UNO etwas unternehmen würden, trotzdem suchte

sie verschiedene Staatsmänner des Westens auf, um wenigstens Verständnis für die Lage Indiens zu gewinnen. Sie machte kein Hehl daraus, daß Indien von sich aus Verhältnisse schaffen würde, die die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen, falls die Welt weiterhin teilnahmslos dem Terror-Regime Yahya Khans zuschäue. Jedermann, der die Ereignisse mit Interesse verfolgte, wußte, daß der Krieg vor der Tür stand. Indira Gandhi zögerte noch, wahrscheinlich auf Geheiß der UdSSR. Doch schließlich war die Situation so verfahren, daß für Indien kein anderer Weg mehr offen war, als der Krieg. Letzten Ausschlag gab die Bombardierung westindischer Flugplätze durch die pakistanische Luftwaffe. In Wirklichkeit hatte der Krieg schon lange vorher begonnen, indem indische Truppen innerhalb Ostpakistans operierten und Flüchtlinge für die Guerilla-Truppe 'Mukti-Bahini' ausbildeten. Mit Recht bezeichnete Pakistan dies als Einmischung in innere Angelegenheiten Pakistans, denn Ost-Pakistan war immer noch ein Teil Pakistans. Erst als offiziell indische Truppen einmarschierten, anerkannte Indira Gandhi, die irgendwo in Ostpakistan residierende Regierung Bangla Deshs. Das militärische Eingreifen Indiens wurde somit zur 'Hilfe' für die Bangla-Desh-Regierung.

Die Folge der Ereignisse waren so logisch, daß es mehr als Heuchelei ist, wenn heute Indien von verschiedener Seite als Aggressor bezeichnet wird. Was hat die 'friedliche Welt' getan, um das Unheil zu verhindern? Neun Monate hat sie zugeschaut, wie unschuldige Menschen in Ost-Pakistan abgeschlachtet wurden. Am allerwenigsten hatte Nixon das Recht, Indien zu verurteilen. Indien kalkulierte, daß ein kurzer 'Befreiungskrieg' weniger Menschenleben kosten würde, als ein andauernder Guerillakrieg in Ostpakistan. Die Rechnung ging zwar auf, doch die Frage steht offen, ob das pakistanische Volk wirklich seine ersehnte Freiheit hat. Das wird die Zukunft erweisen.

Es ist bezeichnend, daß sich keine einzige indische Stimme gegen den Krieg meldete. Auch die 'Pazifisten' aus der Gandhi-Bewegung schwiegen. Selbst Jaiprakash Narayam, der Saryodaya-Führer, erklärte schon Monate zuvor, daß eine Befreiung Bangla Deshs mit Waffengewalt durchaus nicht gegen die Ideologie Gandhis verstoße. Er forderte eine Internationale Brigade nach dem Muster des spanischen Bürgerkrieges.

Die besonnenen Inder sind in einer bescheidenen Minderheit. Ich möchte sie die 'Abileahs' Indiens nennen. Sie kommen mit ihren Ansichten der Verständigung und des Kompromisses nirgends an. Ich habe vergeblich versucht, einen Antikriegsartikel bei der Presse anzubringen.

Die 'Times of India' hat eine treffende Karikatur zu den Notstandsmaßnahmen während des Krieges veröffentlicht, mit der Bemerkung 'Warum nicht in Friedenszeiten?'.

Hortungen, Schwarzhandel und Korruption wurden besonders hart bestraft; Arbeiter und Angestellte haben freiwillige Überstunden ge-

leistet und Teile ihres Verdienstes für den Verteidigungs-Fonds gestiftet. Unglaubliche Summen wurden zur Deckung der Kriegskosten gespendet. Die Sammlung dauert noch an. Plötzlich hat man entdeckt, daß der Soldat 'Ehrenbürger der Nation' ist. Sämtliche auf sozialem Sektor tätige Organisationen beschäftigen sich augenblicklich mit der Sammlung von Sachspenden für Soldaten und Hinterbliebene von Gefallenen. Kriegerwitwen erhalten neben einer Abfindung von Rs. 1000.— (knapp DM 500.—) eine Menge Sachspenden, wie Nähmaschinen usw. Die Gebefreudigkeit ist wirklich groß, mehr aus Dankbarkeit, daß das Militär eine pakistanische Invasion verhindert hat, als aus dem Gefühl der Notwendigkeit.

Mit der Summe, die dieser Krieg gekostet hat, und der Opferbereitschaft, die die Bevölkerung in dieser Zeit an den Tag gelegt hat, hätte Indien in Friedenszeiten seine wichtigsten sozialen Probleme lösen können, voran die Arbeitslosigkeit und Slum- Rehabilitierung. Das indische Volk hat bewiesen, daß es die meisten seiner Probleme selbst meistern könnte, wenn es sich nur anstrengt. Doch die großen ausländischen Hilfsangebote haben es nach der Erlangung der Freiheit von der britischen Kolonialmacht in eine weit größere Abhängigkeit gebracht. Man braucht ja nur die Hand auszustrecken und zu bitten, um jegliche Hilfe, besonders von kapitalistischen Ländern zu bekommen. Die sog. 'Entwicklungshilfe' in Form von Darlehen zu äußerst günstigen Bedingungen bringen dieses Land immer mehr in Verschuldung. Indira Gandhi sollte wirklich wahrmachen, was sie in den letzten Tagen öfters verkündet hat, nämlich, daß Indien auf ausländische Hilfe nicht angewiesen sei. In der Tat ist Indien gar nicht so arm, wie es scheint. Während die große Masse in unbeschreiblicher Armut lebt, führt die politische und wirtschaftliche Führungsschicht zum größten Teil ein unverantwortlich luxuriöses Leben. Indira Gandhi fühlte sich vor kurzem veranlaßt, ihre Minister und andere hohe Staatsbeamte zu ermahnen, Hochzeiten ihrer Kinder mit etwas weniger Pomp zu feiern. 'Illustrated Weekly', eine indische Wochenzeitschrift, hat unter dem Titel 'Sie leben wie Prinzen', aufgedeckt, welchen Luxus sich ein Minister in Indien leisten kann und sie gewissermaßen als Parasiten der Gesellschaft bezeichnet, die nur auf ihr eigenes Wohl bedacht sind, sich aber wenig um die Belange des Volkes kümmern. Doch das Volk protestierte nicht.

Dies spiegelt die wirkliche Situation hierzulande wider. Die Verantwortungslosigkeit der Verantwortlichen und die Duldsamkeit und Inaktivität der Masse. Letztere demonstriert und protestiert zwar öfters unter Anführung politischer Agitatoren wegen meistens belangloser Dinge. Studenten demolieren Busse als Protest der unzulänglichen Organisation öffentlicher Verkehrsmittel, ohne jedoch einen konstruktiven Vorschlag oder Beitrag zu leisten. Selbst die Gewerkschaften vertreten, außer der gelegentlichen Inszenierung von Streiks, nicht die Interessen

der Arbeiter. Unter solchen Voraussetzungen hat es Indira Gandhi sehr schwer, sich an ihren Bestrebungen zur Verwirklichung des Sozialismus durchzusetzen. Der Weg zum Ziel wird sich mehr und mehr in die Länge ziehen, falls sie nicht mit dem verantwortungslosen Gesindel in ihren eigenen Reihen aufräumt.

Der Krieg mit Pakistan hat auf den ersten Anschein das Problem der ostpakistanischen Bevölkerung gelöst, jedoch weit mehr neue Probleme geschaffen. Bangla Desh wird ein Unruheherd bleiben. Dafür sorgt allein schon China. Der Name des neuen Staates 'Bangla Desh' (Bengal-Land) ist nur teilweise berechtigt, denn das Gebiet umfaßt nur die östliche Hälfte von Bengalen, während West-Bengalen ein Staat der Indischen Union ist. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß wenn sich Bangla Desh etwas erholt hat, die Bengalen in Ost und West gemeinsame Politik betreiben. West-Bengalen war schon immer ein Unruheherd und kann es noch mehr unter dem Schlachtruf 'Bengalen vereinigt euch' werden. Wie kann Indien einer solchen Gefahr begegnen? Noch ist sie nicht spruchreif, denn für Jahre hinaus werden Indien und die Sowjetunion dafür sorgen, daß Bangla Desh von ihrer Gnade abhängig ist.

Viel Heuchelei von allen Seiten wurde um die Bangla Desh-Sache betrieben. Plötzlich zeigte Indien rührselig-freundschaftliche Gefühle zu Ost-Pakistan und zog im Namen der Menschlichkeit zu Felde. In Wirklichkeit ging es Indien nur darum, seine Machtstellung in Südostasien zu stärken, zum Leidwesen Pakistans und Chinas.

China, das immer auf der Seite der Befreiungsfronten stand, verbündete sich mit dem rechtsorientierten Militär-Regime Yahya Khans und bot diesem Hilfe an, die aber nichts nützte.

Die Sowjetunion wurde durch seine pro-indische Haltung zum 'Großen Bruder' Indiens. Es waren bestimmt keine brüderlichen Gefühle gegenüber Indien und Ostpakistan, wenn sie sich für die demokratischen Rechte des ostpakistanischen Volkes einsetzte und eine politische Lösung verlangte. Oder sollte sich die Haltung der Sowjetunion seit dem Aufstand in Ungarn und dem Einmarsch in die CSSR so gewandelt haben?

Die USA erklärten Indien als Aggressor und suspendierten ihre Wirtschaftshilfe. Dies war mehr eine Geste der Annäherung gegenüber China, nicht aber weil sie den Krieg verurteilten. Dazu haben die USA am allerwenigsten ein moralisches Recht.

Die Entwicklung der nächsten Jahre in Südostasien wird zeigen, was tatsächlich hinter der Haltung der beteiligten Großmächte stand.

Ich bin auch überzeugt, daß West-Deutschland nur deshalb seine Entwicklungshilfe an Indien nicht eingestellt hat, weil es befürchtete, Indien würde mit der vollen diplomatischen Anerkennung der DDR reagieren. Letztere hat die Situation ja mächtig auszunutzen versucht,

und tut es immer noch. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die indische Presse über die solidarische Haltung der DDR gegenüber Indien berichtet. Willi Stoph, der vor dem Konflikt an der Jahrestagung der Kommunistischen Partei in Kerala (Südwest-Indien) teilnahm, sprach von der 'Achse Peking-Washington-Islamabad-Bonn' und man versuchte zu beweisen, daß die Bundesrepublik über dritte Staaten Waffen an Pakistan liefere. Die Art und Weise, wie die DDR antiwestliche Propaganda hierzulande betreibt, ist nicht gerade schön. Neben Diffamierungen und faustdicken Lügen, die bei leichtgläubigen Indern ankommt, kauft man sich Sympathien einflußreicher Inder, indem man sie zu 'ärztlichen Behandlungen' oder 'Heilkuren' in die DDR einlädt. Ein Bekannter von mir, der plötzlich 'leidend' war, besuchte auf diese Weise Ost-Berlin, Warschau, Moskau, mit einem Abstecher nach Hamburg und Düsseldorf. Er selbst ist Guts- und Hausbesitzer und hält Bedienstete. Landreform ist nichts für seine Ohren. Also auch hier Heuchelei auf beiden Seiten.

Die Bundesregierung reagiert auf die intensive Propaganda des Ostens mit verstärkten Zeitungs-, Kino- und Straßenwerbung, in der sie auf die indo-deutsche Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten hinweist. Dies ist nichts anderes als ein Wink mit dem Zaunpfahl: Wehe, wenn du die DDR anerkennt! Dann ist es aus mit unserer Hilfe. Indira Gandhi weiß das wohl. Sie wird bei ihrem Besuch in Bonn bestimmt mit Willy Brandt darüber gesprochen haben.

'Der Krieg hat gezeigt, wo unsere wahren Freunde stehen' ist die einstimmige Meinung der indischen Presse und hat die letzten Zweifler an dem indo-russischen Freundschaftspakt zum Schweigen gebracht. In den letzten Tagen erschienen jedoch mehrere Leserzuschriften in den Tageszeitungen, in denen Israel als aufrichtiger Freund Indiens bezeichnet wurde, obwohl Indien keine diplomatischen Beziehungen zu diesem Land unterhalte. Israel hat großzügige Hilfe für die Flüchtlinge geleistet und Indiens Haltung voll unterstützt, während die arabischen Länder, die immer als Freunde Indiens galten, eine enttäuschende Stellung eingenommen haben. Indien hat sich immer in der Palästinafrage auf die Seite der Araber gestellt und daher Israel bisher nicht anerkannt. Wahrscheinlich wird es seine Politik gegenüber diesen Ländern revidieren, obgleich das nicht so leicht ist, weil es den Ärger einiger sozialistischer Freunde heraufbeschwören könnte. So leicht kann der Freund zum Feind werden, und umgekehrt! Solche Wandlungen sind hierzulande mit viel weniger Skrupel möglich, als irgendwo anders.

Wer heute noch glaubt, daß Indien das Land ist, von dem man die 'geistige Erneuerung' der Welt erhofft, sollte sich schnellstens von dieser Vorstellung befreien. Die Entwicklung Indiens in den letzten zwei Jahrzehnten hat gezeigt, daß es aus den Fehlern der westlichen Welt nichts hinzugelernt hat, sondern die gleichen Dummheiten begeht. Am aller-

wenigsten kann es andern irgendwelche Lehren erteilen unter Bezugnahme auf Mahatma Gandhi und andere große indische Geister. Mahatma Gandhi ist wirklich tot und vergessen!»

China, und die Dritte Welt

An Beispielen von Fehlentwicklungen ehemaliger Kolonialgebiete war in den letzten fünfundzwanzig Jahren, also seit dem Zweiten Weltkrieg kein Mangel. Völker, die seither die direkte Fremdherrschaft abschüttelten, mußten die bittere Erfahrung machen, daß politische Unabhängigkeit noch nicht bedeutete, daß sie auch die Nachteile ihrer kolonialen Stellung auf wirtschaftlichem Gebiet losgeworden waren. So waren sie unter anderem immer noch Rohstoffproduzenten, die, bei tiefen Weltmarktpreisen ihrer Produkte, eingeführte Fertigwaren teuer bezahlen mußten. Die erschreckende Statistik von Bevölkerungen, die, trotzdem sie «frei» sind, weiter im Elend vegetieren, mit hoher Kindersterblichkeit, landlosem Proletariat, umfangreicher Arbeitslosigkeit und Analphabetentum — diese Verhältnisse sind außer in Europa und Nordamerika zu verbreitet, als daß man auf einzelne Länder hinweisen müßte. Auf diesem düsteren Hintergrund bietet die chinesische Strategie der Entwicklung einen Lichtblick für den Rest der Dritten Welt.

Es fällt heute schwer, sich vorzustellen, in welcher hoffnungsloser Situation China vor nicht so langer Zeit sich befand. Nach den Kriterien vieler Institutionen der UNO und bürgerlicher Entwicklungs-Fachleute fehlten in China sozusagen alle Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung — auch nachdem die Kuomintang-Tyrannie weggefeigt worden war. Festgestellt wurden Bodenerschöpfung, ungeheure Kriegsschäden, Inflation, sehr geringe Produktivität, Mangel an Kapital und vor allem an Devisen, sehr wenig Industrie und eine anachronistische Landwirtschaft, die dem Stand einer zu 90 Prozent analphabetischen Bauernschaft entsprach. Die ungeheure Größe des Landes, das in sehr unterschiedlich entwickelte und zum Teil schwer zugängliche Regionen ohne administrativen Zusammenhang zerfiel, das war schließlich der Umstand, der eine Besserung der Lage, in der sich China Ende 1945 befand, vollends erschwerte.

Und doch zeigte das Volk Chinas, und das Volk allein, unter Führung der Kommunistischen Partei, daß es einen Weg gab: «Yo Banfa». Es leistete Widerstand gegen die Japaner und andere Aggressoren, stürzte die Kuomintang-Diktatur und machte dadurch Schluß mit Fremdherrschaft, Feudalismus und Gelddiktatur. Das Volk schuf seine eigenen sozialen Einrichtungen, die ihm erlaubten, China zu verwandeln. Dies geschah auf viele Arten: vor allem aber indem es immer nur auf seine

hoch anrechnen, daß sie in ihrer Notlage nicht Krieg anzettelten als Ausweg. Aber im Ergebnis haben sie nun eine vernünftige Landwirtschaft, mit vollem Einsatz ihrer Leute auf dem Land und infolgedessen kaum ein Verstädterungsproblem.»

Hinzuzufügen wäre, daß sich aus diesem Bevölkerungsaustausch, der noch heute weitergeht, eine sehr günstig wirkende Angleichung des kulturellen Niveaus zwischen Stadt und Land ergibt. An einer andern Stelle des erwähnten Gesprächs sagt Borgstrom:

«Was wir Grunde nötig haben, ist eine massive Umschulung (re-education) unserer Staatspräsidenten, unserer Universitätsrektoren und Bankgewaltigen, damit sie begreifen, daß die Welt unter einem Druck lebt, von dessen Natur, wir hier in unseren reichen Ländern, keine Ahnung haben. Wir sind eigentlich ein Luxusklub, der die engen Grenzen unseres Globus noch nicht begriffen hat. Diese Art von Re-Orientierung über das, was wirklich in der Welt vorgeht, ist der einzige Weg zum Überleben.»

Nach Borlaug besteht die erste Aufgabe der Leute, die Einblick in die Weltwirtschaft haben, darin, die privilegierten Gruppen der reichen Welt — und noch mehr die privilegierten Gruppen der Entwicklungsländer, auf die überragende Wichtigkeit der Landwirtschaft hinzuweisen, ihnen zu zeigen, daß das Bauernwesen für sie lebenswichtig ist und nicht auf die niedrigste Stufe der Gesellschaft herabgesetzt werden sollte. Das Hauptgewicht in der Entwicklung zurückgebliebener Agrargebiete wie Indien, Brasilien usw. wird denn auch von Wirtschaftswissenschaftlern wie Gunnar Myrdal, immer nachdrücklicher auf eine radikale Landreform gelegt, sicher auch im Hinblick auf das stimulierende Beispiel Chinas. Red.

Weitere Ausführungen zu vorstehendem Thema finden sich in einem Buch: «Rich against Poor». Von C. R. Hensman-Verlag Allen Lane. Dollar 2.95.

Indien und China: zwei Entwicklungsmodelle?

Als Ergänzung zu den Aufsätzen:

«Indien am Jahresanfang» und «China und die Dritte Welt»

Die Volksrepublik China ist gewiß kein ökonomisches Mirakel-Land, doch wirtschaftlich erfolgreich. Und die Indische Union ist auch nicht gerade ein Land der akuten Krise, doch wirtschaftlich weit von China abgehängt.

Indiens Entwicklung ist, von guten Ansätzen sektoraler und regionaler Art abgesehen, den Erwartungen der eigenen Planer nicht nach-

gekommen. Zwischen März 1951 und März 1969 wuchs das Netto-Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 3 Prozent, die Bevölkerung um 2,5 Prozent; das Pro-Kopf-Einkommen also stagnierte nahezu. Die Verteilung des Sozialprodukts weist eine weite soziale Differenzierung auf. Die Bevölkerungszahl der Indischen Union betrug damals 439 Millionen Menschen. Die ärmsten 10 Prozent erhielten weniger als 2,5 Prozent des Nationaleinkommens und konsumierten unter 3 Prozent der im Lande verbrauchten Güter: knapp 44 Millionen Menschen hatten ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als sieben Rupies (1 Rupie war damals 84,2 Pfennig). Die nächsten 20 Prozent hatten ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von 12 Rupies oder weniger. Insgesamt hatten 60 Prozent der Bevölkerung ein Monats-Pro-Kopf-Einkommen unter 22 Rupies. Dem amtlichen Standard zufolge waren aber 35 Rupies allein für die Nahrung aufzuwenden, wenn — so Segal — «die minimalsten Erfordernisse der Gesundheit erfüllt werden sollen».

Eine im allgemeinen entwickelte Infrastruktur hat nicht zu gleichmäßigem Wachstum geführt; die nicht ausgesprochen wachstumsintensive Schwerindustrie ist überproportional entwickelt und kann die verfügbaren Kapazitäten nicht voll nutzen. Dabei waren arbeitsintensive Industrien bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts unzureichend geschaffen worden. Das Wachstum verstärkte — tendenziell hinter der Bevölkerungsentwicklung zurückbleibend — antiegalitäre Tendenzen. Dieser Effekt wurde im Zusammenhang mit der «Grünen Revolution» noch stärker. Die Einsetzung besseren Saatgutes (mexikanische Kurzstroh-Weizensorten, ertragreichere Reissorten), umfassende Flächenbewässerung, Einsatz von Landmaschinen und Düngemitteln war von Anfang an nur bereits kapitalbesitzenden Grundbesitzern möglich und auch solchen Bauern, deren Bonität den privaten Banken ausreichte, um ihnen Kredite zu gewähren.

Der Effekt: Zunehmende Mechanisierung machte einerseits traditionelle Pachtsysteme überflüssig, da mechanisiert rationeller produziert werden konnte; Pächtern wurden von der «Grünen Revolution» also der Arbeitsplatz, damit die Einkommensquelle entzogen. Unrentabel nach privatwirtschaftlichen Maßstäben wurde weiter ein erheblicher Anteil der Mittelbauern-Güter, die bisher geringe Überschüsse erwirtschafteten, absetzen und so sich an dem Binnenmarkt beteiligen konnten. Sie werden auf Subsistenzwirtschaft zurückgeworfen und fallen aus dem Markt heraus, der somit für Massen-Konsumgüter schwindet. Dem steht ein wachsender Markt für gehobenen Konsum und für Luxusgüter gegenüber; die Disparitäten verstärken sich weiter.

China

Egalitäre Verteilung, regionale Gleichgewichtigkeit und Integration der Bauern und der Industriearbeiter in die betriebswirtschaftliche De-

tailplanung sind hingegen seit 1958 — mit einer dreijährigen Teilunterbrechung ab 1961 — Grundbedingungen des Wirtschaftswachstums und seiner Planung in der Volksrepublik China. Realistische Schätzungen gehen dahin, daß China das Bevölkerungswachstum (vor 1960 noch bei 2,5 Prozent pro Jahr) auf 0,8 bis 1 Prozent gesenkt hat, so daß für 1968 eine Gesamtbevölkerung zwischen 750 und 793 Millionen angenommen werden kann. Nach offiziellen Angaben ist die Nahrungsmittelproduktion zwischen 1952 und 1965 von 123,5 auf 206,4 Millionen Tonnen verarbeitetes Getreide gestiegen bei Wachstumsraten zwischen 1,6 und 17,4 Prozent im Jahr, allerdings zwei erheblichen Rückschlägen 1959 und 1960 (—10,5 bzw. 16,3 Prozent), die binnen zwei Jahren egalisiert werden konnten. Ungleichheiten bei der Verteilung sind durch kollektive Produktion und Konsumption vermieden worden. Die verfügbaren Daten lassen erkennen, daß China zwischen 1957 und 1959 in entscheidenden industriellen Sektoren ein — verglichen mit 1953 — um ein vielfaches höheres Produktionsniveau erreicht hat. In der Elektrizitätserzeugung — die etwa der indischen entsprach — erreichte China 1960 rund 600 Prozent (Indien rund 250 Prozent). In der Rohstahl-Erzeugung, die 1953 ebenfalls in absoluten Zahlen Indien und China nahezu gleich aussah, kam China bis 1961 auf geschätzte 850 Prozent, Indien auf 180 Prozent (Vergleichsmaßstab ist immer China 1953 = 100). Die indische Baumwollproduktion pendelte seit 1953 um den Indexwert 60 (China 1953 = 100), die chinesische erreichte 1959 200 Prozent. Die Reihe läßt sich fortsetzen.

China hat sich vom Typus der Zentralverwaltungswirtschaft nach sowjetischem Vorbild radikal entfernt und stellt ein neuartiges Entwicklungsmodell zur Diskussion. Dabei hat die Volksrepublik entscheidende Durchbrüche erzielt, zwar ohne im Lebensstandard west- oder osteuropäischen Realitäten nahezukommen, aber die eigenen Quellen höchst rational genutzt. China hat — obwohl weiter Entwicklungsland — eine andere Dimension erreicht als Indien. Als Modellfall ist es für weite Bereiche der Dritten Welt attraktiv geworden, weniger als schematisch nutzbares Vorbild, mehr als Stimulus eines egalitären, eigene Ressourcen nutzenden System. Diese Funktion kann Indien nicht mehr erfüllen. Da anzunehmen ist, daß mit der UN-Mitgliedschaft Chinas auch ein stärkerer Informationsfluß aus der Volksrepublik verfügbar ist, hat dieser chinesische «Sieg im Wettlauf mit Indien» — sofern Unvergleichbares verglichen werden kann — sofort auch eine eminent politische Bedeutung.

Karl Grobe